DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO AUSGABE 3 · JUNI 2017

Gebietsreform
Fragen und Antworten nach der Gerichtsentscheidung
Seite 2

Inklusion
Reportage: Im Nahkampf mit der Schulpraxis
Seite 3

Innere Sicherheit
Rot-Rot-Grün blockiert Stärkung der Sicherheitsbehörden
Seite 6

Eingeschränkt handlungsfähig

➔ Die Behandlung von Kabinettvorlagen hat „einen Status erreicht, der die Handlungsfähigkeit der Landesregierung in relevantem Maße einzuschränken geeignet ist“. Möglicherweise glauben Sie jetzt: Das hat die Opposition über Rot-Rot-Grün geschrieben. Falsch! Die Sätze stammen vom Staatskanzleichef Benjamin-Immanuel Hoff. Recht hat er trotzdem. Einfacher gesagt: Die Ramelow-Regierung kann es nicht. Sie bekommt etliche Themen nicht vom Tisch, weil sie zerstritten ist. Darauf bezieht sich Hoff in der zitierten Mail. Sie lässt wichtige Aufgaben liegen, die Funktional- und Verwaltungsreform zum Beispiel. Sie taucht ab, wenn es darum geht, den Bürgern mehr Mitsprache zu geben. Deshalb berichten wir in dieser Ausgabe unserer DruckSache auch noch einmal über einen entsprechenden Vorstoß unserer Landtagsfraktion. Und selbst ihre überflüssigen Prestigeprojekte fährt die Linkskoalition vor die Wand, wie die Gebietsreform. Das spricht sich allmählich herum. Deshalb ist in der jüngsten MDR-Umfrage die Zufriedenheit mit der Ramelow-Regierung verglichen mit anderen deutschen Landesregierungen auf einen der schlechtesten Werte gesunken. Gefragt, wer die wichtigsten Aufgaben in Thüringen lösen kann, sagen 32 Prozent der Bürger: die CDU. Der Vergleichswert für die LINKE lautet: 12 Prozent, für die SPD 10 Prozent. Den Grünen trauen dies wieviel zu? 0%.

Jahresempfang

➔ Bundeskanzlerin Angela Merkel war Gast der CDU-Landtagsfraktion. 3000 Besucher wollten sie sehen.
(Seite 7)

Rund 500 Schüler, Lehrer und Eltern haben vor den Sommerferien lautstark vor dem Landtag gegen Unterrichtsausfall und Lehrermangel demonstriert. Doch gerade beim Werben um den Lehrernachwuchs versagt die Landesregierung - die Umsetzung von Vorschlägen der CDU-Fraktion wird verzögert und verschleppt. **(Seite 6)**

Mehr Demokratie e.V.:
Rot-Rot-Grün soll Vorschlag der CDU aufgreifen

Rot-Rot-Grün soll sich für den Vorschlag der CDU-Fraktion für die Einführung fakultativer Referenden öffnen. Das fordert der Vorsitzende von Mehr Demokratie e.V., Ralf-Uwe Beck, im Gespräch mit Thüringens CDU-Fraktionsvorsitzendem und der DruckSache. Eine entsprechende Verfassungsänderung hat die Union im Juni 2016 auf den Weg gebracht. Sie soll den Bürgern die Möglichkeit verschaffen, zu einem vom Landtag verabschiedeten Gesetz eine Volksabstimmung zu verlangen (siehe Info-Kasten Seite 5). Thüringens Linkskoalition hat sich bisher nicht auf eine Verhandlungsposition zu diesem Vorschlag geeinigt. Mohring riet Rot-Rot-Grün, Gespräche über die Verfassungsänderung nicht mit weiteren Forderungen zu überfrachten. Zugleich will der Fraktionschef bei der Ausgestaltung der Verfahren auf die Koalitionsfraktionen zugehen.

Beck bezeichnete fakultative Referenden als „Schutzmittel gegen jede Politik, die von sich behauptet, alternativlos zu sein“. Nach seiner Überzeugung hören Politiker besser zu und es fließen mehr Gesichtspunkte in die notwendigen Abwägungsprozesse ein, wenn Bürger nach einem Parlamentsbeschluss korrigierend eingreifen können. „Das Gespräch ist die Seele der Demokratie. Wenn das fakultative Referendum gut funktioniert, wird seine Anwendung am Ende vermieden“, so der Vorsitzende von Mehr Demokratie wörtlich. Für Mohring ist das Schweigen der Linkskoalition überraschend. Er warf Rot-Rot-Grün indirekt „Angst vor dem Volk“ vor.

Mit punktuellen Ergänzungen will Mohring der Linkskoalition diese Ängste nehmen. Nach dem ursprünglichen Vorschlag der Union sollen 50 000 Wahlberechtigte in 100 Tagen eine Volksabstimmung zu einem vom Landtag beschlossenen Gesetz verlangen können. Davon sollen eilbedürftige Gesetze nun genauso ausgenommen werden wie solche, zu denen offensichtlich kein Abstimmungsbedarf besteht. Das soll durch ein einfaches Anzeigeverfahren geklärt werden. Gesprächsbereit ist Mohring auch über das so genannte Finanztabu, wenn es im Zusammenhang mit Fakultativen Referenden steht. **(Seiten 4 und 5)**

Aus der Fraktion

Altersgrenze für Bürgermeister anheben

Mit 65 Jahren ist in Thüringen Schluss – hauptamtliche Bürgermeister und Landräte dürfen in diesem Alter nicht mehr gewählt werden. Angesichts der Rente mit 67 und einem ebensolchen Pensionsalter für normale Beamte ist das „nicht mehr zeitgemäß“, findet der CDU-Kommunalexperte Wolfgang Fiedler. Die CDU-Fraktion beantragt deshalb die Anhebung dieser Altersgrenze auf 67 Jahre. „Die Leistungsfähigkeit eines Bürgermeisters oder Landrats hängt nicht von dessen Alter ab. Wir sollten nicht länger freiwillig auf die Lebens- und Amtserfahrung älterer Kandidaten und ihre Bereitschaft zu kommunalpolitischem Engagement verzichten“, begründete Fiedler den Vorstoß.

Fragen & Antworten zum Gebietsreform-Urteil

Während überall berichtet wurde, dass die Landesregierung vor Gericht verloren hat, behauptet Bodo Ramelow, das Urteil sei ein Erfolg. Was stimmt denn nun? Das Gericht hat klar erklärt: Das Vorschaltgesetz zur Gebietsreform ist verfassungswidrig und somit nichtig. Rechtlich befindet sich Thüringen somit wieder am selben Punkt wie vor einem Jahr.

Wie wird die Landesregierung jetzt weitermachen? Den ersten Reaktionen nach hält die Linkskoalition trotz allem an der Gebietsreform fest.

Was unternimmt die CDU-Fraktion? Die CDU-Fraktion wird auch weiter Unterschriftenaktionen und Proteste vor Ort unterstützen. Zugleich wird sie genau darauf achten, dass sich die Regierung bei etwaigen weiteren Reformversuchen genau an das hält, was ihr vom Verfassungsgericht vorgegeben wurde.

Reicht die Zeit für eine Kreisgebietsreform bis zur Neuwahl der Landräte und Oberbürgermeister in einem Jahr noch aus? Die vom Innenminister vorgegebene Zeitleiste ist mit dem Urteil hinfällig. Die CDU-Fraktion hat von Anfang an klar gemacht, dass sie die einzelnen Schritte im Gesetzgebungsverfahren für viel zu eng gestrickt hält. Das gilt jetzt mehr denn je.

Wie könnte ein Neustart der Gebietsreform aussehen? Ein Neustart muss mit einer Aufgabenkritik und einer Funktional- und Verwaltungsreform beginnen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen sind wieder auf der Basis der jetzt wieder geltenden alten Kommunalordnung möglich. Mehr ist weder notwendig, noch in der laufenden Wahlperiode zu schaffen.

Was passiert jetzt mit den rund 70 Gemeinden, die freiwillige Zusammenschlüsse beschlossen haben? Das Innenministerium stand etwa der Hälfte der inzwischen 19 Fusionsfälle ablehnend gegenüber und hat das mit dem jetzt für nichtig erklärten Vorschaltgesetz begründet. Somit sind auch die Kriterien für freiwillige Zusammenschlüsse nichtig, genau wie die befristete Freiwilligkeitsphase mit Schlusspunkt Ende Oktober.

Was passiert jetzt mit den Verwaltungsgemeinschaften? Für deren Auflösung hat Rot-Rot-Grün keine Rechtsgrundlage mehr.

Was ist mit den Fusionsprämien, die die Landesregierung jetzt versprochen hat? Derzeit gibt es für solche Prämien keine Rechtsgrundlage.

Bei Facebook live dabei sein

Regelmäßig überträgt die CDU-Fraktion auf ihrer Facebook-Seite **www.facebook.com/cdu.landtag.de** Live-Videos von ihren Veranstaltungen wie dem Jahresempfang mit Angela Merkel, dem TV-Bürgerdialog „Auf ein Wort“ oder den Diskussionsforen zur Windkraft. Ein Klick auf „Gefällt mir“ genügt, um keinen Live-Stream mehr zu verpassen.

Inklusions-Reportage

Im Nahkampf mit der Schulpraxis

Eine modern eingerichtete Regelschule, tief im Osten Thüringens. „Du Fotze, Du hast mir gar nichts zu sagen. Ich hau Dich um.“ Ein Stuhl fliegt quer durchs Klassenzimmer, die Adressatin der rüden Beleidigung, eine erfahrene Lehrerin, schaut mindestens so erschrocken wie die meisten Mitschüler des jungen Pöblers. Der 14-jährige Marvin* muss jetzt in den sogenannten „Trainingsraum“ einrücken. Dort kümmert sich Robert Fuchs* um den Schüler, versucht ihn zu beruhigen, analysiert die Ursachen des Ausbruchs. Die sind in diesem Fall denkbar banal: Die Lehrerin hatte versucht, dem Jungen das Smartphone abzunehmen, weil dieser massiv den Unterricht gestört hatte. „Schüler wie Marvin sind in einem Förderzentrum deutlich besser aufgehoben. Dem Jungen wäre geholfen, genauso wie der Lehrerin und dem Rest der Klasse.“

Das sagt ausgerechnet Fuchs, der vom Inklusionsgedanken grundsätzlich überzeugt ist und seinen Job als schulbezogener Jugendsozialarbeiter eigentlich gerne macht. Doch der einzige Sozialpädagoge an der Schule sieht, wie die Kollegen sich quälen und die Eltern der anderen Kinder sich sorgen. An seiner Regelschule gibt es 15 solcher „Schüler mit Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung“, kurz ESE. Sie sind psychisch auffällig, belastet durch das sogenannte Zappelphilipp-Syndrom, viele besitzen kein Nähe-Distanz-Gefühl oder neigen zur Gewalt. Wenn jetzt auch noch, wie die Landesregierung es plant, der Großteil der Förderschulen geschlossen und immer mehr Schüler mit besonderem Förderbedarf an den normalen Schulen unterrichtet werden sollen, kann Fuchs nur den Kopf schütteln: „Inklusion an sich ist ‘ne coole Sache. Aber das ist praxisfremd, das funktioniert so nicht. Die Leistungsniveaus sind einfach zu unterschiedlich. Am Ende wird man den normalen Schülern nicht mehr gerecht.“ Er habe manchmal den Eindruck, im Bildungsministerium säßen nur praxisferne Schreibtischtäter: „Denen fehlt jede Einsicht. Das ist völlig am Thema vorbei. Die Kollegen, die wirklich mit Inbrunst und Einsatz bei der Sache sind, die gehen daran kaputt.“

Szenenwechsel. Es ist ein sengend heißer Frühsommertag, selbst die Weida kann sich nur mühsam zu einem trägen Plätschern durchringen. Direkt an ihrem Ufer liegt der schwerst mehrfachbehinderte Marc* in einer Hängematte. Schulbegleiter Nico Ehrlich steht neben ihm und bringt eine Klangschale in Schwingung. Die Sonne bricht hier und da durch die Wipfel der Bäume, an deren Stämmen die Hängematte befestigt ist. Indem er die Matte vorsichtig hin und her bewegt, lässt Ehrlich Licht und Schatten einen kleinen Tanz auf Marcs Gesicht vollführen. Die angespannte Miene des nahezu blinden Jungen entspannt sich merklich. Es geht darum, Reize ausschöpfen, die vorhandenen Sinne Marcs zu fördern.

Schulleiter Andre Franke beobachtet die Szene am Rande des Gartens der „Schule an der Weida“ zufrieden. Die von der Lebenshilfe Greiz/Zeulenroda getragene „Förderschule zur individuellen Lebensbewältigung“ bietet ihren 66 entweder geistig oder körperlich und geistig behinderten Schülern das, was normale Schulen so nicht leisten können: eine echte Vorbereitung auf den Alltag.

Ein Fall wie Marc ist da eher die Ausnahme, die meisten Schüler haben sehr viel größere Chancen auf ein eigenständiges Leben. Doch auch bei ihnen muss Franke oft erst die überambitionierten Erwartungen der Eltern dämpfen. „Es werden hier nicht alle lesen, schreiben und rechnen lernen. Manche haben das Potenzial, dann fördern wir es. Bei anderen ist es schon ein Erfolg, wenn wir ihnen beibringen, sich selbst die Schuhe zu binden.“ Die allermeisten seiner Schüler, ist Franke überzeugt, „wären an einer normalen Schule völlig verloren. Die würden nur mitlaufen.“ Die entscheidende Frage bei der Inklusion sei für ihn immer: „Was bringt es dem Kind?“ Die Antwort gibt er gleich mit: „Nicht viel, wenn der Unterricht an ihm vorbeigeht.“

Franke hat gute Argumente für seine Einschätzung: In seiner Förderschule sind nie mehr als acht oder neun Schüler in einer Klasse. Mit jeweils einem Lehrer, mindestens einer Sonderpädagogischen Fachkraft und einem Schulbegleiter für körperlich behinderte Schüler stimmt auch der Betreuungsschlüssel. Unter den Pädagogen ist eine Ergo-Therapeutin, eine Logopädin wird in den Schulalltag integriert, es gibt einen Wickelraum, einen Fahrstuhl, eine Schülerküche, einen Schulgarten und kleine, familiäre Klassenräume. „Wir haben hier Möglichkeiten, die normale Schulen momentan nicht haben. Unseren Kindern ist nun mal mehr geholfen, wenn sie am Ende ihrer Schullaufbahn selbstständig einkaufen können“, sagt Franke.

Und dann folgt noch ein ans Bildungsministerium gerichteter Satz, der fast genauso schon in der Regelschule von Robert Fuchs gefallen ist: „Inklusion ist doch was Gutes. Das Problem ist nur, dass die sie falsch interpretiert haben.“ **Von Felix Voigt**

*Name von der Redaktion geändert

Bürgerbeteiligung

Rot-Rot-Grün hat 45 000 Bürger verklagt, die eine Volksabstimmung über die Gebietsreform wollten.

Das zeigt deutlich, dass die Ramelow-Koalition von mehr Demokratie zwar ständig redet, aber sie nicht wirklich will.

Manfred Scherer,
justizpolitischer Sprecher

Mitmachen statt meckern.

Davon lebt die Demokratie. Weil wir junge Menschen für die Demokratie begeistern wollen, werben wir für mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Das fakultative Referendum ist ein Weg.

Andreas Bühl,
jugendpolitischer Sprecher

„Das Gespräch ist die Seele der Demokratie“

Ralf-Uwe Beck im Gespräch mit Mike Mohring über den Vorschlag für ein Fakultatives Referendum. Video-Statements der Gesprächspartner finden Sie im Internet unter www.drucksache.info

Mohring trifft:

Den Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V., Ralf-Uwe Beck

Der Vorstoß der CDU-Fraktion für fakultative Referenden hat überrascht. Bisher sind sie nicht als Taktgeber in Sachen direkter Demokratie in Erscheinung getreten:

Mohring: Unsere Aufgaben in der Opposition haben uns einen Perspektivwechsel beschert. Wir sehen, wie Rot-Rot-Grün über die Köpfe der Bürger hinweg regiert und gar das Volksbegehren gegen die Gebietsreform verklagt, obgleich sich alle Parteien der Linkskoalition bisher scheinbar als Lordsiegelbewahrer der direkten Demokratie aufgeführt haben. Wir haben daraus unsere Schlüsse gezogen und dazugelernt. Wenn bei den Bürgern das Gefühl bleibt, nicht gehört zu werden und nichts entscheiden zu können, stärkt das die Populisten. Dem wollen wir mehr demokratische Beteiligung entgegensetzen und Brücken in die demokratische Mitte bauen.

Beck: Die CDU hat uns endlich einmal positiv überrascht. Das fakultative Referendum gehört zu den Kernforderungen von Mehr Demokratie. Die direkte Demokratie sollte auf zwei Beinen stehen, das Volk sollte notfalls das erste und letzte Wort haben können. Per Volksbegehren ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das bietet die Thüringer Verfassung an. Was fehlt, ist die Möglichkeit, ein Gesetz zu korrigieren, also das letzte Wort einzufordern. Diesen Zweck haben fakultative Referenden. Die repräsentative Demokratie wird dadurch repräsentativer.

Das müssen Sie uns erklären.

Mohring: Für mich ist wichtig: Wenn die Bürger eine Entscheidung des Parlaments bestätigen oder gegebenenfalls korrigieren können, belebt das die Debatte über die anstehenden Entscheidungen im Parlament. Im Idealfall erkennen kluge Politiker, wenn sich besonders heftige Diskussionen

über ein Vorhaben abzeichnen. Dann suchen sie gleich einen Weg, der möglichst viele Interessen berücksichtigt. Vor allem aber wollen wir mehr Sorgfalt, die intensivere Begründung von Gesetzesvorhaben und Entschleunigung. Außerdem wollen wir dem Landtag ganz bewusst eine Reaktionsmöglichkeit an die Hand geben, wenn 50 000 Bürger einen Volksentscheid durchgesetzt haben. Dann soll das Parlament nach einer erneuten Abwägung ein überarbeitetes Gesetz mit zur Abstimmung stellen können. So kann es zeigen: Wir haben verstanden.

Beck: Im Grunde handelt es sich um ein Schutzmittel gegen jede Politik, die von sich behauptet, alternativlos zu sein. Können die Bürger Politik korrigieren, fördert das die demokratische Meinungsbildung, sie wird breiter und tiefer. Es wird genauer zugehört, mehr Gesichtspunkte fließen in die notwendigen Abwägungsprozesse ein. Das Gespräch ist die Seele der Demokratie. Wenn das fakultative Referendum gut funktioniert, wird seine Anwendung am Ende vermieden. Im Übrigen kommen die Bürger aus der Rolle der Bittsteller heraus. Mit einem wichtigen Begleiteffekt. Sie können dann nicht mehr so leicht mit dem Finger auf die da oben zeigen, wenn sie selbst verbindlich etwas bewegen können.

Das klingt alles ganz wunderbar, aber die Reaktionen seitens Rot-Rot-Grün darauf waren doch eher verhalten.

Mohring: Das hat uns in der Tat überrascht. Seit einem Jahr warten wir jetzt auf ein Verhandlungsangebot der Linkskoalition über den Vorschlag. Alle haben sie bisher die direkte Demokratie hochgehalten. Nun hören wir, die Gesetzgebung werde ins Koma versetzt; die Möglichkeit eines Referendums durch das Volk sei ein Blockadeinstrument. Die Abgeordneten der CDU jedenfalls haben keine Angst vor dem Volk. Weshalb auch sollten die Bürger zwischen den Wahlen weniger klug sein als zu den Wahlen, bei denen wir auch um genau deren Zustimmung bitten.

Beck: Ich erwarte, dass die Koalitionsparteien sich für den Vorschlag der CDU-Fraktion öffnen. Sie sollten ihre Vorstellungen auf den Tisch legen, und dann müssen sich alle aufeinander zu bewegen. Es ist auch für Mehr Demokratie nicht so, dass mit dem Fakultativen Referendum all unsere Wünsche erfüllt wären.

Was sollte aus Ihrer Sicht denn mit angefasst werden?

Beck: Zwei Punkte will ich nennen. Das so genannte Finanztabu, also die Vorschrift, dass mit Volksbegehren nichts durchgesetzt werden darf, das Geld kostet, muss weg. In der Schweiz kann man gut sehen, dass das Volk viel sparsamer ist als der Gesetzgeber und viel weniger Kredite bewilligt, wenn es mit entscheidet. Wenn sich der Zopf schon nicht abschneiden lässt, sollte man das Finanztabu wenigstens lockern.

Mohring: Wir sollten zunächst einmal abwarten, ob der Thüringer Verfassungsgerichtshof sich dazu äußert. Gerade erörtert er die Klage der Landesregierung gegen das Volksbegehren zur Gebietsreform. Die hat sich mit der Aufhebung des Vorschaltgesetzes zwar erledigt. Sofern das Gericht ein öffentliches Interesse bejaht, würde die verfassungsrechtliche Einordnung des Finanztabus dennoch geprüft werden. Darüber wird der Verfassungsgerichtshof demnächst entscheiden. Unabhängig davon erneuere ich ein Angebot: Über Fragen zum Landeshaushalt, die sich aus fakultativen Referenden ergeben, sind wir gesprächsbereit.

Und ihr zweiter Punkt, Herr Beck?

Beck: Die erforderlichen Stimmen zur Einleitung eines Volksbegehrens, eines Bürgerantrags und eines fakultativen Referendums müssen zusammenpassen. Zehn Prozent Stimmberechtigte zur Einleitung eines Volksbegehrens, also zurzeit etwa 180 000, diese Hürde ist zu hoch. Für ein fakultatives Referendum sollen, was wir begrüßen, lediglich 50 000 genügen. Das ist eine Unwucht. Und dass es 50 000 Unterschriften braucht, um mit einem Bürgerantrag von außen schlicht ein Thema auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen, ist auch unverhältnismäßig.

Mohring: 50 000 ist keine gegriffene Zahl. So viele Stimmen benötigt man etwa, um bei einer eher mittelmäßigen Wahlbeteiligung mit Fraktionsstärke in den Landtag zu kommen. Und die Hürde ist auch nicht zu hoch. Die Arbeitsgemeinschaft Selbstverwaltung hat mit ihren Unterschriftensammlungen gezeigt, dass man sie überwinden kann, wenn ein Thema auf den Nägeln brennt. Einen Hinweis greife ich jedoch gern auf. Wenn beim Volksbegehren das Quorum sich an einem bestimmten Prozentanteil der Stimmberechtigten orientiert, dann sollte das beim fakultativen Referendum und dem Bürgerantrag auch so sein.

Ich entnehme daraus, dass Ihr Gesetzentwurf nicht in Stein gemeißelt ist, sondern ein Diskussionsangebot?

Mohring: Eine zweigeteilte Antwort. Erstens: Rot-Rot-Grün sollte die Verhandlungen nicht mit weiteren Forderungen überfrachten, sondern die Chance ergreifen, das fakultative Referendum jetzt mit uns zu verwirklichen. Denn mit unserem Vorschlag haben wir uns weit auf die Koalitionsfraktion zu bewegt. Sie deuteten es eingangs an. Zweitens: Ich habe Punkte genannt, bei denen wir verhandlungsbereit sind. Einen weiteren füge ich hinzu. Damit niemand den Stillstand der Gesetzgebung fürchten muss, sollten wir eilbedürftige Gesetze vom fakultativen Referendum ausklammern. Und wir könnten über ein Anmeldeverfahren für fakultative Referenden mit einer niedrigeren Hürde sprechen. Meldet niemand an, kann ein Gesetz nach Beschlussfassung in Kraft treten. Blockiert Rot-Rot-Grün all dies, werden wir unseren Vorschlag in unser Wahlprogramm aufnehmen.

Beck: Es ist erfreulich, dass die CDU-Fraktion ihren Vorschlag offensichtlich mit Nachdruck verfolgt. So deutlich hat das bisher noch nie jemand in Gesetzesform gegossen. Erstmals würde die direkte Demokratie in Deutschland mit dem Initiativ- und dem Vetorecht tatsächlich auf zwei Beinen stehen. Ich ermuntere die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion, diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Wir alle würden gewinnen, Wähler und Gewählte.

Was ist ein fakultatives Referendum?

➔ Das fakultative Referendum ist ein Instrument der direkten Demokratie. Es ermöglicht den Bürgern, einen Volksentscheid über ein zuvor bereits im Parlament beschlossenes Gesetz zu beantragen.

➔ 50 000 wahlberechtigte Personen sollen künftig die Möglichkeit haben, innerhalb von 100 Tagen nach der Veröffentlichung eines Gesetzes einen Volksentscheid darüber herbeizuführen.

➔ Beim Volksentscheid entscheidet die Mehrheit. Dabei muss jedoch mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten gegen das beanstandete Gesetz stimmen. Das sind in Thüringen zurzeit etwa 460 000 Wahlberechtigte.

➔ Anders als beim Volksbegehren, müssen die Bürger beim fakultativen Referendum keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen.

➔ Ist klar, dass es zu einem Volksentscheid kommt, hat der Landtag die Möglichkeit, ein überarbeitetes Gesetz mit zur Abstimmung zu stellen. Er kann damit Einwände der Bürger aufnehmen.

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion
Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)
0361 3772-206 (520)

Internet
www.cdu-landtag.de

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
1,1 Millionen

Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur
Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung
Leography.com

Aus der Fraktion

© animaflora - stock.adobe.com

Rot-Rot-Grün blockiert

Maßnahmen für mehr Sicherheit

In immer dichterer Folge zeigen Nachrichten aus Deutschland und Europa, wie real die aktuelle Bedrohung durch Terror und extremistische Gewalt ist. CDU und CSU drängen deshalb gemeinsam darauf, die rechtlichen, personellen und technischen Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden zu erweitern, damit sie dieser Gefahr wirksam begegnen können. Doch linksgeführte Landesregierungen, an vorderster Front Bodo Ramelows rot-rot-grünes Bündnis, verweigern vielen Regelungen für eine effektivere Sicherheitspolitik die Umsetzung. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Michael Heym, hat die Linkskoalition deshalb dazu aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben: „Es darf keine Räume unterschiedlicher Sicherheit in Deutschland geben“, sagte der Fraktionsvize. Heym fordert Rot-Rot-Grün dazu auf, die auf Bundesebene eingeführte elektronische Fußfessel für Gefährder ins Thüringer Polizeiaufgabengesetz aufzunehmen, damit die Maßnahme nicht ins Leere läuft. Auch müsse die Landesregierung dafür sorgen, die intelligente Videoüberwachung im Thüringer Polizeigesetz zu verankern, um zukünftig den biometrischen Abgleich von zur Fahndung ausgeschriebenen Kriminellen und Terroristen zu ermöglichen. „Der Bund will Polizei und Sicherheitsbehörden Instrumente an die Hand geben, damit sie den wachsenden Gefahren wirksam begegnen können, doch Thüringens Linkskoalition sabotiert das“, so Heyms Fazit.

Landesregierung versagt beim Werben um Lehrernachwuchs

Proteste, Lehrermangel, Unterrichtsausfall und fehlende Zeugnisnoten: Zum Auftakt der Sommerferien zeigt sich an Thüringer Schulen ein erschreckendes Bild. Doch statt die Probleme anzupacken, agiert das Thüringer Bildungsministerium genau so, wie es seit der Erkrankung der Bildungsministerin auch personell aufgestellt ist: kopflos. CDU-Bildungsexperte Christian Tischner ist der Ansicht, dass es sich die Landesregierung zu einfach macht, wenn sie beklagt, wie schwierig es derzeit ist, Lehrer zu finden: „Wer einstellen will, muss auch ausbilden. Die 170 Referendare, die Rot-Rot-Grün jetzt an die Schulen holt, reichen hinten und vorne nicht.“ Stattdessen hat die Linkskoalition gleich nach ihrer Regierungsübernahme die Situation verschärft, indem sie die von der CDU-geführten Vorgängerregierung geplante Ausbildung von 600 Referendaren im Jahr 2015 auf 400 reduzierte. Die CDU-Fraktion fordert deshalb, endlich gegenzusteuern. Als Sofortmaßnahme sollen die Stellen für Lehramtsanwärter in einem ersten Schritt wieder auf 600 erhöht werden, wie zuletzt von Schwarz-Rot für 2015 geplant. „Auch die Ausbildungskapazitäten an den Thüringer Universitäten und Studienseminaren müssen insbesondere für die Fächer erhöht werden, die dringend gebraucht werden. Und wer ein Mangelfach auf Lehramt studiert und später in der Regel- oder Berufsschule arbeiten will, dem müssen wir nach der zweiten Staatsprüfung eine Einstellungsgarantie geben“, ist Tischner überzeugt. Die Linkskoalition tut indes das, was sie besonders gut kann: Sie verzögert und verschleppt – und lässt die CDU-Vorschläge im Landtags-Ausschuss versauern.

Jahresempfang

„Miteinander statt mit dem Kopf durch die Wand“

© Volker Hielscher

Jahresempfang mit Bundeskanzlerin Angel Merkel

Politische Verantwortung bedeutet im Letzten, miteinander und nicht gegeneinander zu arbeiten. Dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch den Jahresempfang der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. Rund 3000 Bürger aus ganz Thüringen waren der Einladung der Fraktion in die Messe Erfurt gefolgt, um zu hören, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Thüringens Fraktionsvorsitzender Mike Mohring Verantwortung für ihre jeweiligen politischen Aufgaben durchbuchstabieren.

Merkel warb leidenschaftlich für mehr Zusammenhalt in Europa. „Europa muss da handlungsfähig sein, wo gesamteuropäisches Handeln einen Mehrwert mit sich bringt“, umriss sie den Maßstab ihrer Europapolitik. Als Beispiel erwähnte die Bundeskanzlerin einen digitalen Binnenmarkt, vor allem aber die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die meisten Konflikte unserer Tage spielten sich praktisch in unmittelbarer Nachbarschaft der Europäischen Union (EU) ab, rief sie den Gästen des Empfangs in Erinnerung. „Die EU muss politisch aktiver sein, um Konflikte politisch lösen zu können“, erteilte sie jedem Rückzug aus der Verantwortung eine klare Absage. Abschottung ist für die Bundeskanzlerin auch im Welthandel keine Option. Offene Märkte bezeichnete sie als „Teil einer freien und zusammenwachsenden Welt“, vor allem aber als Chance für Unternehmen, Verbraucher und Arbeitnehmer. Auch für den Klimaschutz setzt sie auf das Miteinander der Weltgemeinschaft. Ihre Botschaft an die USA war eindeutig: „Ich werde weiter für das Pariser Klimaschutzabkommen kämpfen.“

Was passiert, wenn Politik nicht miteinander diskutiert, sondern über die Köpfe der Menschen hinweg schlicht durchgedrückt wird, zeigte Mohring am Beispiel Thüringens. Der CDU-Politiker warf der linken Ramelow-Regierung vor, bei der Gebietsreform „mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, statt mit den Menschen und mit den Kommunen das Land voran zu bringen. Dann muss man sich nicht wundern, wenn Tausende auf die Straße gehen“, fügte der CDU-Fraktionsvorsitzende hinzu. Grundsätze eines guten Miteinanders sieht Mohring auch im Bereich der Inneren Sicherheit verletzt. Scharf kritisierte er Alleingänge Thüringens, wie die Schwächung des Verfassungsschutzes und die Verweigerung des Freistaats bei wichtigen Gesetzesvorhaben des Bundes. „Weil wir nicht allein sind im föderalen Bundesstaat, haben wir Mitverantwortung. Für Deutschland. Aus Thüringen heraus“, sagte er wörtlich. Jeder Regierungsauftrag ist laut Mohring „kein Selbstzweck, sondern ein Vertrauensvorschuss. Dieser Vertrauensvorschuss ist für Rot-Rot-Grün in Thüringen aufgebraucht“, fasste er zusammen.

Das Polizeimusikkorps sorgte für die musikalische Begleitung.

© Volker Hielscher

© Volker Hielscher

Das haben wir vor Ort erreicht

Stefan Gruhner

Wahlkreisbüro
Geraer Str. 12
07907 Schleiz
www.stefan-gruhner.de

Gute Rahmenbedingungen für Schüler und Lehrer liegen mir besonders am Herzen. Daher setze ich mich gemeinsam mit anderen politischen Verantwortlichen in meinem Wahlkreis dafür ein, dass wir nach und nach alle unsere Schulen sanieren und moderne Lernbedingungen schaffen. Erst vor wenigen Wochen konnten wir den neuen Schulcampus in Bad Lobenstein einweihen. Als Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion konnte ich entscheidend daran mitwirken. Für rund 8 Millionen Euro entstanden im Rahmen eines ÖPP-Projektes (Öffentlich-Private Partnerschaft) Neubau und Sanierung einer Grund- und Regelschule sowie eine neue Schulmensa und eine modernisierte Schulsportanlage. Mit Fördermitteln des Freistaates Thüringen wird in den nächsten Monaten das Gymnasium am gleichen Standort für 1,6 Millionen Euro saniert.

Marion Walsman

Wahlkreisbüro
Bahnhofstr. 8
99084 Erfurt
www.walsmann.de

Als Mitglied der Landesregierung habe ich dazu beigetragen, den Medienstandort Erfurt zu stärken und das Filmfestival „Goldener Spatz“ zukunftsfähig aufzustellen. Mit MDR-Intendantin Karola Wille habe ich eine Initiative für mehr qualitativ hochwertige Kinderfilmproduktionen gestartet. In meine Zeit in der Staatskanzlei fällt auch die Garantie für die „offenen Kanäle“ beim Bürgerrundfunk. Als Justizministerin habe ich die Entpolitisierung des Amtes des Generalstaatsanwaltes veranlasst, um die Unabhängigkeit der Thüringer Justiz zu stärken und jeglichem Anschein politischer Einflussnahme auf die Strafverfolgung entgegenzuwirken. Auf meine Initiative hin wurde das Thüringer Güterichtermodell eingeführt, das auch nach Eröffnung eines Gerichtsverfahrens noch eine einvernehmliche Beilegung des Streits ermöglicht und so Rechtsfrieden schafft.

Christine Lieberknecht

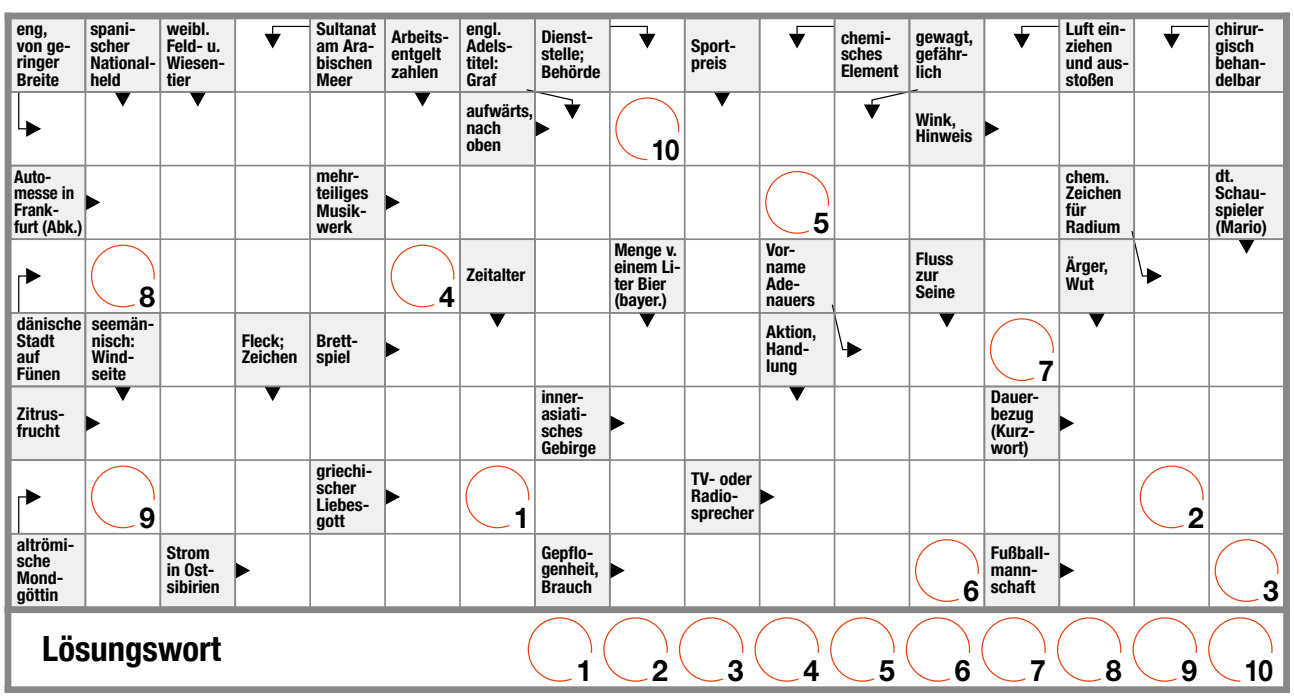
Wahlkreisbüro
Markt 3a
99510 Apolda
www.christine-lieberknecht.de

Vor Ort wirklich zu Hause sein zu können. Das ist ein Wunsch vieler Menschen in meinem ländlichen Wahlkreis. Lebensqualität entscheidet sich dabei meist an ganz konkreten Projekten. Deshalb habe ich mich etwa erfolgreich für eine Förderung der Spielplätze in Goldbach und Nirmsdorf eingesetzt. Den Nirmsdorfer Platz konnten die Jüngsten am letzten Wochenende in Besitz nehmen. Zur Bindung an den Ort und seine Menschen tragen auch die Kirchen bei. Auf meinem Aufgabenzettel steht deshalb gerade die Sanierung des Kirchturms in Kösnitz. Und jedes Mal, wenn ich über Land fahre, freue ich mich an der neuen schönen Bahnstation von Bad Sulza, die ich mit befördern durfte. Voller Freude erlebe ich schließlich die Landesgartenschau in Apolda. Dafür konnte ich noch als Ministerpräsidentin die Weichen stellen. Gewinner ist die Kreisstadt und sind zahllose Besucher.

Gerold Wucherpfennig

Wahlkreisbüro
Wilhelmstr. 20
37308 Heilbad Heiligenstadt
www.gerold-wucherpfennig.de

Mein Ziel als Abgeordneter ist es, intensiv an der Weiterentwicklung der vielfältigen naturnahen Kulturlandschaft des Eichsfeldes mitzuwirken. So konnte ich maßgeblich dazu beitragen, zahlreiche Projekte umzusetzen: Vom Erweiterungsbau des Hotels Teistungenburg über den Premiumwanderweg Asbach-Sickenberg, den Bau diverser Radwege wie in Martinfeld oder Wingerode, über den Eichsfelder Bauernmarkt und den Thüringer Wandertag 2016 bis hin zur Anerkennung des Reisegebietes „Eichsfeld“. Beteiligt war ich auch an der Umsetzung vieler infrastrukturell-ler Maßnahmen wie der Entwicklung der Gewerbegebiete in Reinholterode oder diverser Sanierungsprojekte – von Straßen, Brücken, Kitas bis hin zu Schulen. Ehrenamtlich engagiere ich mich in Eichsfelder Heimatvereinen. Seit 2015 kämpfe ich mit aller Kraft gegen die Gebietsreform und für den Erhalt des Landkreises Eichsfeld.



Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsente-Set bestehend aus zwei Tageskarten für die 4. Thüringer Landesgartenschau in Apolda, einer Powerbank (externer Akku fürs Smartphone) und einer hochwertigen Porzellan-Kaffeetasse aus dem Hause Kahla. Einsendeschluss ist der 19. August 2017. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihren vollen Namen, Ihre Mailadresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail:
quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Mai-Ausgabe der „DruckSache“ lautete das Lösungswort „Gebietsreform“. Zu gewinnen gab es damals zwei Karten für den Jahresempfang, eine Powerbank und eine Tasse aus Kahla. Unter den richtigen Antworten als Gewinner gezogen wurde **Roman Meisel** aus Eisenach. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Quiz-Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, dass ihnen die CDU-Fraktion künftig Informationen zum aktuellen politischen Geschehen in Thüringen zusendet. Die CDU-Fraktion verwendet die Daten ausschließlich für interne Zwecke.